ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen

In Kooperation mit:

VENRO

BBAG e.V.

FACHTAGUNG
ENTWICKLUNGSPOLITIK IN BRANDENBURG 2019

Dokumentation der Fachtagung vom 22. März 2019 in der ILB Potsdam

ENTWICKLUNGSPOLITIK IN BRANDENBURG 2019

Dokumentation der Fachtagung vom 22. März 2019
in der ILB - Investitionsbank des Landes Brandenburg
Babelsberger Str. 21, 14473 Potsdam

DIE VERANSTALTER

- ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH – Service für Entwicklungsinitiativen – Außenstelle Berlin, Brandenburg
- Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB e.V.)
- Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft (BBAG e.V.)

ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen

Mit Mitteln des

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

In Kooperation mit

VENROB

BBAG e.V.

Für den Inhalt dieser Publikation sind die Veranstalter verantwortlich. Die dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

INHALT

Willkommen und Grußworte durch die Veranstalter 5
- **Dagmar Maur** (Engagement Global, Abt. Außenstellen)
- **Birgit Gericke** (Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft e.V.)
- **Dr. Patrick Schnabel** (VENROB e.V.)

Grußwort 6
Stefan Ludwig (Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg)

Wer bin ich und warum hier? - moderiertes Kennenlernen 8
durch die Tagesmoderation **Gabi Struck**

Einführung und Vorstellung des Strategiepapiers des Round Table Entwicklungspolitik 10
„Austausch fördern – Menschen überzeugen – Akzente setzen.
Nachhaltige Entwicklung im Land Brandenburg mitgestalten“
Uwe Prüfer (Steuerungsgruppe Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg)

Brandenburger Entwicklungspolitik im Jahr 2019 – drei moderierte Dialoge 12
1. **Entwicklungspolitik – ein erfolgversprechendes Thema in Brandenburg?**
   Cordine Lippert (Koordinierungsstelle Klimaschutz, Stadtverwaltung Potsdam)
   mit **Dr. Marius Haberland** (Lehniner Institut für Kunst und Kultur e.V.)
2. **Beiträge für ein weltoffenes, antirassistisches Brandenburg**
   Marianne Ballé Moudoumbu (PAWLO) mit **Andreas Rosen** (Stiftung Nord-Süd-Brücken)
3. **Sich in aktuelle Fragen entwicklungspolitisch und kreativ einmischen**
   Dr. Simone Holzwarth (stadt-land.move e.V.) mit **Abdou Rahime Diallo** (NeMIB e.V.)
   und **Andreas Teuchert** (Wandelwoche Berlin-Brandenburg)

Arbeitsgruppen 19
1. **Diskussion und Weiterarbeit am Strategiepapier des Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg**
   Impulse: **Detlev Groß** und **Birgit Gericke** (Steuerungsgruppe Round Table Entwicklungspolitik)
2. **(Wie) Hilft mehr Bildung? Globales Lernen und Bildung für Nachhaltige Entwicklung für ein nachhaltiges, weltoffenes Brandenburg**
   Impulse: **Andreas Rosen** (Stiftung Nord-Süd-Brücken) und **Uwe Berger** (Carpus e.V.)
3. **Entwicklungspolitische Themen als Aufgabe der Kommunalpolitik in Brandenburg**
   Impulse: **Marianne Ballé Moudoumbou** (PAWLO) und **Michael Jopp** (Promotor für Kommunale Entwicklungspolitik, Eine Welt Stadt Berlin) sowie **Andreas Bleschke** (Klimaschutzkoordinator Landkreis Teltow-Fläming)

Ergebnisse und Impulse für die weiterführende entwicklungspolitische Arbeit 28

VORWORT

Unsere Broschüre möchte Sie einladen, in die Welt der Möglichkeiten des entwicklungspolitischen Engagements in Brandenburg einzutreten. Hier wirken die verschiedenen Akteure zusammen: die Zivilgesellschaft, die Kommunen, die staatliche Entwicklungspolitik und die Wissenschaft. Seien Sie also willkommen!

Der Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB) und die Außenstelle Berlin/ Brandenburg von Engagement Global pflegen schon seit Langem eine gelungene Zusammenarbeit. Im Mittelpunkt steht dabei die bedarfs-orientierte Stärkung von regionalen Strukturen. Die Fachtagung Entwicklungspolitik in Brandenburg am 22. März 2019 ist ein weiterer wichtiger Meilenstein in dieser Kooperation unter Mitwirkung der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft e.V. (BBAG).

Eine vertrauensvolle, langfristige und transparente Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Beteiligten kann die unterschiedliche fachliche und regionale Expertise am besten in Wert setzen. Dies hat auch die Fachtagung zur Entwicklungspolitik in Brandenburg gezeigt. Hier wurden Impulse für weitere entwicklungspolitische Vorhaben und öffentlichkeitswirksame Aktivitäten im brandenburgischen Wahljahr gesetzt!

75 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, (Kommunal-)Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft folgten der Einladung zu einem kritischen und konstruktiven Austausch in die Landeshauptstadt. Aktuelle Bedarfe, Ansätze und Rahmenbedingungen, insbesondere der entwicklungspolitischen Arbeit auf kommunaler Ebene sowie im Bereich der Bildungsarbeit, wurden herausgearbeitet. Verschiedene Impulse für konkrete Vorhaben konnten gesetzt werden.

Ein Schwerpunkt der Fachtagung lag auf der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit im Kontext von Rechtspopulismus und Rassismus. Diese Dokumentation zeigt beispielhaft auf, welche Möglichkeiten es gibt, sich hierzu zu engagieren. Organisationen und Projekte der Zivilgesellschaft werden in dem Zusammenhang vorgestellt.

Beispiele aus der Praxis und Fragestellungen zu entwicklungspolitischen Themen aus Perspektive der Kommunen stellten einen weiteren Schwerpunkt der Fachtagung dar.

Die gute Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure zeigt sich auch im Strategiepapier des Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg „Austausch fördern – Akzente setzen – Menschen begeistern“, welches während der Fachtagung erneut diskutiert und inzwischen auf der 10. Sitzung des Round Table vom 08.04.2019 verabschiedet wurde.

Die enge Zusammenarbeit zwischen VENROB e.V. und der Außenstelle Berlin-Brandenburg von Engagement Global wird auch zukünftig fortgeführt. Die Fachtagung diente als Ausgangspunkt für weitere gemeinsame Aktivitäten und Veranstaltungen zur Stärkung von Akteuren der entwicklungspolitischen Arbeit und deren regionalen Strukturen in Brandenburg.

Wir hoffen, dass die Anregungen Sie auf angenehme Weise in Ihrem Engagement stärken und freuen uns auf die weitere gute sowie erfolgreiche Zusammenarbeit im Sinne einer globalen Gerechtigkeit.

Viel Freude an der Lektüre!

WILLKOMMEN UND GRUSSWORTE DURCH DIE VERANSTALTER

DAGMAR MAUR
Engagement Global
Abt. Außenstellen

BIRGIT GERICKE
Berlin-Brandenburgische
Auslandsgesellschaft e.V.

DR. PATRICK SCHNABEL
Evangelische Kirche Berlin-
Brandenburg-schlesische Oberlausitz

DAGMAR MAUR begrüßt im Namen von Engagement Global die Anwesenden und freut sich darüber, dass die entwicklungspolitische Fachtagung mit dem Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz und so vielen unterschiedlichen Organisationen und Akteuren aus Brandenburg realisiert werden konnte. Aus Sicht von Engagement Global ist diese Tagung ein Beitrag dazu, im Land Brandenburg entwicklungspolitische Akteure zusammen zu bringen und hierdurch auch über die Tagung hinaus entwicklungspolitisches Engagement zu verstetigen. Dass dies gerade in Brandenburg mit zahlreichen strukturschwächeren Regionen nicht einfach ist, ist bekannt. Insbesondere im Hinblick auf die Zunahme rechtspopulistischer Akteure soll mit der Tagung auch ein Ausrufezeichen für Weltoffenheit und ein gemeinsames Angehen der globalen Herausforderungen gesetzt werden.
Ein besonderer Dank geht an die Kooperationspartner – der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft und VENROB – ohne die diese Tagung so nicht hätte realisiert werden können.

BIRGIT GERICKE stellt die Arbeit der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft (BBAG e.V.) vor. Diese arbeitet seit mittlerweile 25 Jahren im Kontext europapolitischer Bildung. Der Themenbereich Entwicklungspolitik ist in diesem Zusammenhang unumgänglich. Die BBAG arbeitet seit zwei Legislaturperioden mit der Stiftung Nord-Süd-Brücken zusammen. Mit der BREBIT wird in verschiedenen Kontexten kooperiert. Neben anderen Projekten nennt Frau Gericke das Schulprojekt ‚Brandenburger Kolonialismus'.
Die BBAG ist Mitinitiatorin des Round Table Entwicklungspolitik (RTEP) sowie Mitglied der Steuerungsgruppe. Sie äußert sich zuversichtlich dahingehend, dass es heute gelingen wird, das Strategiepapier weiter zu fokussieren, um es an die richtigen Stellen weiterzuleiten.

DR. PATRICK SCHNABEL begrüßt die Anwesenden im Namen von VENROB e.V. Dabei weist er darauf hin, dass das Landesnetzwerk bald – im Jahr 2020 – sein 25-jähriges Jubiläum feiern wird. „Hochmotiviert, längst raus aus der Pubertät und mit allen akademischen Wassern gewaschen" sei VENROB heute mit seinen 33 Mitgliedsorganisationen ein wichtiger Baustein in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit. Er betont die Bedeutung der Vernetzung untereinander, besonders im Hinblick auf die Zusammenarbeit und Zukunftsausrichtung mit den internationalen Partnern. Dass es keine „Trennkanten" zwischen „Innen" und „Außen", Klimaschutz und Entwicklungspolitik gebe, werde deutlich sichtbar am heutigen Weltwasser-Tag. Der Klimawandel sei kein exklusives Thema für Afrika, Asien und Lateinamerika, sondern habe längst auch direkt etwas mit uns zu tun. In einem „nassen" Land voller Seen und Endmoränen wie Brandenburg lägen die Felder trocken. Das sei eines von vielen Beispielthemen, die den Menschen die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) näherbringen könnten. Deshalb bräuchten die einzelnen Bundesländer ihre eigenen Ziele und Strategien für deren Umsetzung – und dem diene gerade auch diese Tagung mit so vielen Experten aus verschiedenen Lebensbereichen.

GRUSSWORT – **STEFAN LUDWIG**

MINISTER DER JUSTIZ UND FÜR EUROPA UND VERBRAUCHERSCHUTZ DES LANDES BRANDENBURG

MINISTER LUDWIG dankt für die freundliche Begrüßung und gratuliert zu den bisherigen Arbeitsergebnissen, die einen großen Einfluss auf die Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung hätten. Im Anschluss daran verweist er auf die bevorstehenden Wahlen in Brandenburg und lädt die Bürgerinnen und Bürger ein, die Möglichkeiten der Mitbestimmung zu nutzen, an den Gesprächsforen teilzunehmen und ihre Anliegen zu diskutieren. Die Europäische Kommission setze mit ihrem Recht die Rahmenbedingungen nicht nur für die Europapolitik, sondern auch für die konkrete Gestaltung im Land und in den Kommunen. Ein in Brandenburg weniger bekanntes Instrument der Europapolitik sei der Ausschuss der Regionen. Dieses Instrument sowie die Entscheidungsprozesse der Europäischen Kommission sollten in Zukunft transparenter gestaltet und besser kommuniziert werden, um die Einflusspotenziale zu stärken.

Minister Ludwig weist auf die schwieriger gewordenen Rahmenbedingungen in Europa hin: Vor dem Austritt der USA aus verschiedenen multilateralen Abkommen waren sowohl Erkenntnis- wie auch Umsetzungsfähigkeit weiter entwickelt. Der Rechtsruck in vielen europäischen Mitgliedsstaaten und speziell auch in Brandenburg wirke sich negativ aus und bedeute einen Rückfall ins Nationalistische. Eine besondere Verantwortung hätte Brandenburg im deutsch-polnischen Verhältnis, bei dem sich das Klima nicht verschlechtern dürfe. Hier gäbe es vielseitige Chancen, die gewachsenen Beziehungen zu pflegen.

Seine Schlussfolgerung daraus lautet: **„Dinge zusammendenken und Veranstaltungen wie diese wahrnehmen, um darüber sprechen zu können“**.

Kritisch äußert sich Minister Ludwig bezüglich der digitalen Mediengesellschaft, in der vieles zum Hype hochgespielt würde und sich ungefiltert in den sozialen Medien verbreiten könne. Unreflektierter Medienkonsum stelle in der politischen Auseinandersetzung ein Problem dar.

Demgegenüber machen die Demonstrationen der Schülerinnen und Schüler von ***Fridays for Future*** Mut. Sie seien ein gutes Beispiel für die freie Meinungsbildung junger Menschen, die längst in der Öffentlichkeit angekommen sind. Themen wie Welthandel, Weltwirtschaft und Energiepolitik spielen eine große Rolle in der Gesellschaft. „Es macht Mut“, so Minister Ludwig, **„wenn junge Leute diese Themen in Brandenburg diskutieren, nicht nur im geschlossenen Raum, sondern mit der Landesregierung, in den Kommunen und in den Familien. Da steckt überall Entwicklungspolitik drin.“**

Im Rahmen der Fragerunde erläutert Minister Ludwig Brandenburgs Engagement gegen eine restriktive Flüchtlingspolitik: Bei der Bewertung der Situationen von Menschen in Not beteilige sich Brandenburg an der Verhinderung der Verschärfung des Rechtsrahmens und setze sich gegen den Vorschlag des Bundesinnenministeriums zur Überwachungstechnik ein.

Hier wolle man keine Zäune, sondern Brücken bauen. Auf den Einwand aus dem Publikum, dass der Umgang mit Geflüchteten in der Praxis in Brandenburg leider anders aussieht und die Frage, wo die Positionierung der Landesregierung in Worten und Taten bleibe, verweist Minister Ludwig auf die Bundesratssitzung im Februar 2019, in der Brandenburg im Pakt für den Rechtsstaat eine Gesetzesinitiative unterstützte, wodurch sich Asylsuchende an die zweite Instanz der Rechtsprechung wenden dürfen. Zwar sei diese Initiative im Bundesrat gescheitert, Brandenburg wolle aber weiter darum kämpfen, dass sie rechtskräftig wird.

Eine Teilnehmerin beklagte, dass Brandenburg zu den Ländern gehöre, die nach Afghanistan abschieben. Zudem sollen Ankerzentren aufgebaut werden. In seiner Auslegung der gesetzlichen Möglichkeiten – so der Vorwurf – sei das Land weit davon entfernt, entgegenkommend zu sein und Spielräume zu nutzen. Minister Ludwig teilte die Kritik, wies aber darauf hin, nicht für die Ausländerbehörde zuständig zu sein.

In Bezug auf den Entzug der Gemeinnützigkeit bei Attac sieht Minister Ludwig keinen Anlass zur Sorge, dass es auch in Brandenburg zu Aberkennungen der Gemeinnützigkeit von Vereinen kommen könne, die sich zu politisch brisanten Themen positionieren. Er wolle dem zuständigen Finanzminister hier aber nicht vorgreifen. Dass die politische Beteiligung in den Parteien und weniger in der Zivilgesellschaft stattfinden soll, empfindet er als nicht zeitgemäß.

WER BIN ICH UND WARUM HIER? MODERIERTES KENNENLERNEN

DURCH DIE TAGESMODERATION GABI STRUCK

EINFÜHRUNG UND VORSTELLUNG DES STRATEGIEPAPIERS DES ROUND TABLE ENTWICKLUNGSPOLITIK

UWE PRÜFER | VENROB E.V.

Die Veranstaltung sei gut gestartet und zeige die Vielfalt der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit, so **UWE PRÜFER** von VENROB e.V. Die Symbolik der Investitionsbank des Landes Brandenburgs träfe auch auf die Veranstaltung zu, denn **„auch wir investieren mit Ideen, um das Land nachhaltiger zu machen."**

In einem kurzen Rückblick geht Uwe Prüfer auf die Entstehungsgeschichte des Round Table Entwicklungspolitik (RTEP) des Landes Brandenburg ein, die ihren Ausgangspunkt im Koalitionsvertrag der Landesregierung von SPD und Der Linken 2009 hatte. Darin bekannten sich beide Fraktionen zum Prinzip der Nachhaltigkeit in allen Fachpolitiken sowie zur Aktualisierung der Entwicklungspolitischen Leitlinien unter Einbeziehung gesellschaftlicher Akteure. Rund 40 VertreterInnen von NGOs, Wissenschaft, Kirche, der IHK Potsdam diskutierten 2010 am 1. Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg mit der Landesregierung ihre Erwartungshaltungen an die grundsätzlichen Zielstellungen und Schwerpunkte neuer Leitlinien. Dieses Gremium tagt bis heute jährlich in dieser Konstellation und übt u.a. seit der Verabschiedung der Leitlinien der Landesregierung 2012 das Monitoring aus.

Die 2018 vom RTEP damit beauftragte Steuerungsgruppe entwarf ein Strategiepapier, das zwischenzeitlich in mehreren Schritten partizipativ überarbeitetet wurde. Die heutige Fachtagung bietet eine Möglichkeit, an diesem Strategiepapier konstruktiv mitzuarbeiten. Es ist vorgesehen, die im heutigen Workshop entstehenden Impulse in das Strategiepapiers zügig einzuarbeiten und es am 8.April auf der 10.Tagung des RTEP durch die NGO zu beschließen.

Ziel des Strategiepapiers sei es, nicht im projektbezogenen Klein-klein zu verweilen, sondern den Blick zu weiten. Die UN-Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen zur Nachhaltigen Entwicklung stellt dabei den internationalen Rahmen für die Weiterentwicklung der Entwicklungspolitischen Leitlinien der Brandenburger Landesregierung und für die entwicklungspolitische Inlandsarbeit generell.

Das Strategiepapier ***Austausch fördern – Menschen überzeugen – Akzente setzen*** richtet sich primär an EntscheidungsträgerInnen in Politik und Verwaltung der Landes- und Kommunalebene sowie an die Öffentlichkeit. Es versteht sich als Beitrag für die Diskussionen und Positionsbestimmungen bei den bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament, zu den Kommunalvertretungen sowie zum Landtag. Es zeigt landesspezifische Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten einer nachhaltigen Entwicklung auf und ist ein wichtiges zivilgesellschaftliches Instrument für politische Teilhabe. Denn bisher, so

STRATEGIEPAPIER

Im von den NGO zu verabschiedenden Strategiepapier des Round Table Entwicklungspolitik wird gefordert:

1. Verstärkte Einbindung in die Entwicklung einer **politischen Vision** für das Land Brandenburg
2. Stärkung der **partizipativen** und **demokratischen Teilhabe**
3. Intensivere **Verzahnung** der **Entwicklungspolitischen Leitlinien mit der Landesnachhaltigkeitsstrategie**, dem **Landesaktionsplan „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“** und der **Internationalisierungsstrategie**
4. Steigerung der Wirksamkeit unserer Arbeit durch **weitere Vernetzung** mit verschiedenen Akteursgruppen, Bildung von Allianzen über den bisherigen entwicklungspolitischen Kontext hinaus
5. **Finanzielle Absicherung** durch Einbindung unserer Arbeit im Landeshaushalt. Die Weiterführung erfolgreicher Formate ist auch eine Frage der **Glaubwürdigkeit der Landesregierung**.
6. Wir fordern, dass die in den „**Eberswalder Thesen** zur Nachhaltigen Entwicklung der Städte, Gemeinden und Ämter im Land Brandenburg“ formulierte **Eigenverantwortlichkeit der Kommunen** auch tatsächlich im Rahmen der UN-Nachhaltigkeitsziele umgesetzt wird.
7. Stärkere Berücksichtigung des in den Leitlinien formulierten Kerngedankens **„Integration, Migration und Entwicklungszusammenarbeit müssen als Einheit betrachtet werden“** in der **Kommunalpolitik**

Uwe Prüfer, wurde zu wenig auf eine konsequente und kohärente Nachhaltigkeitspolitik geachtet und „zu viel Business as usual betrieben“.

Er verweist darauf, dass demokratische Partizipation Teil der modernen Gesellschaftspolitik sei. Dazu gehöre auch, dass die Interessen der Zivilgesellschaft zukünftig stärker in der Landespolitik Berücksichtigung fänden. Um die diversen Strategien des Landes Brandenburg effektiver zu bündeln, sei eine verbesserte Vernetzung der Kommunikation unabdingbar. Er appelliert an die Landesregierung, eine verlässliche finanzielle Förderung bereitzustellen. Nur so ließen sich die vielfältigen Anforderungen an zivilgesellschaftliche entwicklungspolitische Akteure bewerkstelligen, die in der Bildungs- und Projektarbeit, für die Stärkung migrantischer Organisationen und anderweitig tätig sind.

„Eine kontinuierliche Unterstützung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit stärkt nicht zuletzt auch die Glaubwürdigkeit der Landesregierung.“

Ein „dickes Brett“ der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit sei nach wie vor der kommunale Sektor, bemerkt Uwe Prüfer. Zwar stünden die „Eberswalder Thesen“ von 2013 dafür, die Kommunen stärker in die Verantwortung zu nehmen. Jedoch scheint beim Städte- und Gemeindebund Brandenburg deren Umsetzung nicht oben auf der Agenda zu stehen. Dies sähe in anderen Bundesländern anders aus.

„Insgesamt müssen Kommunalpolitik und die öffentliche Verwaltung sich ihrer Vorbildfunktion für nachhaltiges Handeln stärker bewusstwerden.“

BRANDENBURGER ENTWICKLUNGSPOLITIK IM JAHR 2019

DREI MODERIERTE DIALOGE

Wo steht die aktuelle Entwicklungspolitik in Brandenburg?

Unter dieser Fragestellung erörtern eingeladene ReferentInnen in drei moderierten Dialogen die Facetten entwicklungspolitischer Aspekte in Brandenburg

GABI STRUCK | Moderatorin

DAZU SIND EINGELADEN:

CORDINE LIPPERT
Koordinierungsstelle Klimaschutz, Stadtverwaltung Potsdam

DR. MARIUS HABERLAND
Lehniner Institut für Kunst u. Kultur e.V.

MARIANNE BALLÉ MOUDOUMBOU
PAWLO

ANDREAS ROSEN
Stiftung Nord-Süd-Brücken

DR. SIMONE HOLTZWARTH
Stadt-land move e.V.

ABDOU RAHIME DIALLO
NeMib e.V.

ANDREAS TEUCHERT
Wandelwoche Berlin-Brandenburg

DIALOG 1
ENTWICKLUNGSPOLITIK – EIN ERFOLGVERSPRECHENDES THEMA IN BRANDENBURG?

Ein Dialog zwischen **CORDINE LIPPERT** von der Koordinierungsstelle Klimaschutz der Stadtverwaltung Potsdam und **DR. MARIUS HABERLAND** vom Lehniner Institut für Kunst und Kultur e.V.

CORDINE LIPPERT erläutert die Erfolgsfaktoren der seit 2011 existierenden Klimapartnerschaft Potsdam – Sansibar-Town[1], die 2017 in eine Städtepartnerschaft überführt worden ist. Gründe für deren Erfolg sei die starke Zivilgesellschaft, die den Beschluss dafür 2007 herbeigeführt habe und die Vollfinanzierung des BMZ zum Aufbau von Partnerschaftskontakten. Potsdam war im Klimapartnerschaftsprogramm bereits in der Pilotphase dabei. Auf diese Weise konnten starke Strukturen geschaffen werden und sich ein wunderbares Zusammenspiel der Verwaltung mit der Universität als Partner und der Zivilgesellschaft etablieren. Durch die Umsetzung der **Nakopa-Richtlinien** und des Programms ASA-Kommunal werden Folgeprojekte auf Sansibar wie die Reaktivierung eines botanischen Gartens und Gestaltung der Freiraumflächen einer ehemaligen DDR-Siedlung ermöglicht.

Im Rahmen des Projekts ‚**Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte**‘ (**Nakopa**) bietet Engagement Global mit ihrer Servicestelle ‚**Kommunen in der Einen Welt**‘ (**SKEW**) aus Mitteln des BMZ deutschen Kommunen, Kommunalverbänden und kommunalen Spitzenverbände finanzielle Unterstützung für Partnerschaftsprojekte an.

Weitere Information hierzu: https://skew.engagement-global.de/unterstuetzung-durch-nakopa.html

[1] Weitere Informationen unter https://skew.engagement-global.de/klimapartnerschaft-mit-sansibar.html

DR. MARIUS HABERLAND berichtet über das Lehniner Institut für Kunst und Kultur. Dieses Projekt sei ungewöhnlich, weil es Kultur schafft, die den ländlichen Raum greifbar mache. Die Kunst- und Kulturarbeit ist international ausgerichtet und betont zukunftsfähige Projekte. Damit würden sowohl globale Zusammenhänge aufgezeigt als auch das selbständige Denken von Menschen gefördert.

„**Wir arbeiten mit dem Wandel als Prozess.** Nehmen wir als Beispiel das Lehniner Kürbisfest: der Ablehnung des ewig einfältigen Kürbisessens wurde die Diversität der über 100 Kürbissorten weltweit entgegengestellt. So kommt es zu einem Perspektivenwechsel“, erläutert Herr Haberland. „Indem wir die Widersprüche aufnehmen, schaffen wir neue Denkräume in dieser sich schnell verändernden Welt.“

Berührungsängste zwischen Land- und Stadtbevölkerung müssten verschwinden, damit die verschiedenen Räume – städtisch, ländlich – voneinander lernen können, so Frau Lippert. Künstlerische Ansätze hierzu seien spannend, weil sie den Perspektivwechsel ermöglichten und Lerneffekte bewirkten. Hier könnte als überregional agierender Kreis die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming[1] wirksam werden. In diesem Forum treffen sich die kommunalen VertreterInnen. Dort seien die SDGs noch nicht angekommen, aber daran könne gearbeitet werden.

Nach den Erfahrungen von Dr. Marius Haberland brauchen auch die Städter den ländlichen Raum, zur Erholung, für die Ernährung, die Inspiration. Umgekehrt sei es auch wichtig für das Land, die Stadt als Inspirationsraum zu haben. Das Eine existiere nur mit dem Anderen, leider wird es vielfach noch losgelöst voneinander gedacht. Er fragt, wie diese Symbiose mit Leben gefüllt werden könne. Es könnten zukunftsweisende Impulse gewonnen und eine zukunftsfähigere Land-Stadt-Beziehung entstehen.

[1] Weitere Informationen unter http://www.havelland-flaeming.de/

DIALOG 2
BEITRÄGE FÜR EIN WELTOFFENES, ANTIRASSISTISCHES BRANDENBURG

Ein Dialog zwischen **MARIANNE BALLÉ MOUDOUMBOU** von PAWLO und **ANDREAS ROSEN** von der Stiftung Nord-Süd-Brücken e.V.

MARIANNE BALLÉ MOUDOUMBOU erläutert, wie sie die Bedeutung der **UN-Dekade** für Menschen afrikanischen Vorfahren in Brandenburg erlebt. Zwar habe die Dekade bereits 2015 begonnen, sie werde aber in Brandenburg nicht wahrgenommen. Gerade im Hinblick darauf, dass es schon andere UN-Dekaden mit stärkerer Beachtung gab, wie beispielsweise die UN-Dekade für Bildung für nachhaltige Entwicklung, stellt sich die Frage, warum diese Dekade so wenig Beachtung findet. PAWLO sei die erste Organisation deutschlandweit gewesen, die mit einer Veranstaltung in Brandenburg auf die Dekade aufmerksam gemacht habe.[1]

> Die Internationale Dekade für Menschen Afrikanischer Abstammung wurde am 23. Dezember 2013 mit der **Resolution 68/237** der **UN-Generalversammlung** beschlossen. Sie steht unter dem Motto „Menschen Afrikanischer Abstammung: Anerkennung, Gerechtigkeit und Entwicklung“. Die Staatengemeinschaft hat sich dazu verpflichtet, bis 2024 die Anerkennung, Rechte und Entwicklung von Menschen Afrikanischer Abstammung zu fördern und rassistische Diskriminierung und Rassismus zu bekämpfen.
>
> Die Dekade wurde auf Initiative des Zentralrats der Afrikanischen Gemeinde in Deutschland e.V. am 7. Juni 2016 im Beisein von Mactar Ndoye, Vertreter des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte, mit der Fachveranstaltung **„Menschenrechte in der Praxis: Erfahrungen von Menschen Afrikanischer Abstammung in Deutschland“** in Berlin eröffnet https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/schutz-vor-rassismus/int-dekade-fuer-menschen-afrikanischer-abstammung/.

Frau Ballé Moudoumbou nennt die drei Säulen der Dekade: Zum einen die Anerkennung, dazu gehören die Anerkennung von Versklavung und Handel als Verbrechen gegen die Menschheit genauso wie Flucht und Migration. Des Weiteren müssten entsprechend des Aktionsplans der Durban-Vereinbarung Maßnahmen eingeleitet werden, die für Gerechtigkeit sorgen und allen Menschen zugutekommen. Auch in Brandenburg müsste die Entwicklung forciert werden. Wirkungsvoll sei beispielsweise die Verwerfung von rassistisch besetztem und anerkanntem Sprachgebrauch, wie zum Beispiel das sogenannte M-Rondell im Park Sanssouci in Potsdam. Dazu gehöre auch die gleichberechtigte Teilhabe von AfrikanerInnen bzw. Menschen mit afrikanischen Vorfahren auf allen Ebenen der entwicklungspolitischen Arbeit, Institutionen und Strukturen einschließlich deren Gremien. Auch ginge es darum, die Sichtbarkeit von afrikanischen Menschen in Brandenburg zu generieren. Migration als Grundrecht gehöre auch in diese Debatte.

Das Strategiepapier betreffend, bemerkt Frau Ballé Moudoumbou, sei es richtig, Verantwortung zu übernehmen und zu gestalten. Vor allem aber sei es wichtig, die Debatten über Migration und Rassismus voneinander zu trennen. Der Diskurs in Deutschland dürfe ruhig emotionaler werden, um die Menschen zu erreichen, so Frau Ballé Moudoumbou. Dazu gehöre auch die Vermittlung von Deutschlands eigener Rolle und Verantwortung an den Fluchtursachen. **„Die am meisten verbreitete Ideologie der Welt ist die der weißen Überheblichkeit!“**

1. Weiterführende Informationen über das „Wirtschaftsforum zum Panafrikanischen Frauentag“ in Potsdam am 27. Juli 2018 unter https://vkii-berlin.de/wirtschaftsforum-zum-panafrikanischen-frauentag/

Auf die Frage, was die Zivilgesellschaft benötigt, um rassistische und nationalistische Tendenzen nicht entstehen zu lassen, führt **ANDREAS ROSEN** verschiedene Punkte auf:

Es bedürfe einer staatlichen und gesellschaftlichen Anerkennung dafür, dass die Bekämpfung von Rechtspopulismus und Chauvinismus eine zivilgesellschaftliche Arbeit der NGOs ist, die in die politische Bildungsarbeit einbezogen werden müsse. Es sei zu befürchten, dass sich die AfD mit ihren als Partei zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln als starke nationalistische Gegenbewegung bildet. Darüber hinaus müssten entwicklungspolitische Themen wie Klimawandel und seine Folgen (Flucht und Migration) besser platziert werden.

Die Strategie liege in solidarischen Projekten und ihrer Anschlusssicherung. Für Andreas Rosen zählen dazu:

1. Aufklärung über Fluchtursachen, auch im Rahmen von Angeboten des Globalen Lernens.
2. Die Gewinnung der Lufthoheit über die Ursachen von sozialen Problemen und das Benennen der Realprobleme. Es ist die Schere zwischen Arm und Reich sowie der Gender-Gap und nicht das Argument der Rechten, dass es um Migration geht.
3. Positive Problemanerkennung und Lösungsformulierung: die Lebensumwelt ist nicht bedrohlich („Einwanderung“), sondern sie kann inspirierend sein (Migrationsgesellschaft, Weltoffenheit…).
4. Das Vorleben einer Migrationsgesellschaft. Auch eine entwicklungspolitische Stiftung, wie Nord Süd-Brücken ist davon nicht ausgenommen.
5. BürgermeisterInnen und PolitikerInnen in den Kommunen fordern, dass entwicklungspolitische Fachkräfte ihre Expertise einbringen.
6. Selbstkritik und Selbstbewusstsein in Anerkennung der Tatsache, dass wir Teil des Problems sind. Auch das Projekt Uferwerk in Werder könnte zum Beispiel ein Ausgrenzungspotenzial haben.
7. Prinzip Verantwortung: Menschen können sich immer entscheiden. Jeder Mensch hat in jeder Situation auch immer eine Entscheidungsfreiheit.

Auf die Frage, welche Impulse diese UN-Dekade für ein weltoffenes, antirassistisches Brandenburg geben kann, erklärt Andreas Rosen, dass die von Frau Ballé Moudoumbou bereits angesprochene UN-Resolution Inhalte und Zielstellungen enthalte, die auch in die Arbeit der Stiftung Nord-Süd-Brücken einbezogen werden sollten. Dazu gehöre die offene Debatte zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie das Überarbeiten von Lehrbüchern und anderer Materialien, um die Gräueltaten der Vergangenheit wahrheitsgetreu wiederzugeben. Anhaltspunkte für eine Erinnerungskultur der kolonialen Vergangenheit in Brandenburg könnten Raum für eine Versöhnung bieten. Für all das müssten Fördermaßnahmen bereitgestellt werden, auch wenn die UN-Dekade schon fast zur Hälfte vorbei ist. In den kommenden fünf Jahren sollten wir uns in Brandenburg überlegen, was wir dazu beitragen können, so Frau Ballé Moudoumbou und Herr Rosen.

DIALOG 3
SICH IN AKTUELLE ENTWICKLUNGSPOLITISCHE FRAGEN KREATIV EINMISCHEN

Ein Dialog zwischen **RAHIME DIALLO** von NeMiB e.V., **DR. SIMONE HOLZWARTH**, Stadt-Land.move e.V. Werder und **ANDREAS TEUCHERT**, Wandelwoche Berlin

In der Arbeit mit Geflüchteten ergebe sich zwangsläufig eine Kreativität, so **RAHIME DIALLO**, denn auch wenn es viele, nicht nur bürokratische Hürden gebe, seien Projekte und Anträge doch das Mittel der Wahl. MigrantInnen bauen Brücken und fragen aber zurück, ob sie, die sie die Brücke bauen, auch darüber gehen werden. Mehr Mut, mehr Neugierde und eine größere Offenheit von allen Seiten sei gefragt. 2018 wurde ein BtE-Programm von Engagement Global[1] finanziert. Darüber hinaus gab es ein Filmprojekt bei dem vier Menschen mit Fluchterfahrung gezeigt wurden. Es wurde deutlich, dass das Medium Film ungeheuer intensiv wirkt. **Kreativität wird erreicht, indem man sich auf die Akteure und ihre Kulturen einlässt.**

Über das Experiment einer sozial-ökologischen, generationsübergreifenden Wohngemeinschaft erzählt **DR. SIMONE HOLZWARTH.** Menschen aus Berlin und anderen Städten haben ein an der Havel gelegenes Industriegelände in Werder neu bebaut, eine Einkaufsgemeinschaft für den Bezug regionaler Lebensmittel gebildet sowie Reparaturwerkstätten gegründet. Auch wenn deren LoHaS[2] ein ausschließendes Potenzial besitze, wollten sie nicht allein in dieser Blase leben. Deshalb gründeten sie den Verein Stadt-Land.move e.V. und organisierten ***das Aktionsbündnis weltoffenes Werder*** unter der Schirmherrschaft der Bürgermeisterin[3]. Kooperationspartner sind zahlreiche kulturelle Einrichtungen, Kirchen, Parteien, Schulen und Unternehmen. Frau Dr. Holzwarth berichtet, dass in Werder große Unterschiede innerhalb der Werderaner Gesellschaft gemacht werden. Ein akutes Thema seien Nazis und ultrarechte Strukturen, wie zum Beispiel die Partei Der Dritte Weg. Dem wolle das Aktionsbündnis entgegenwirken. Dieses Jahr ist zum Beispiel ein Straßenfest zusammen mit den BewohnerInnen der Geflüchteten-Unterkunft geplant. Dafür kündigt sich schon eine hohe Beteiligung an.

ANDREAS TEUCHERT berichtet von der Wandelwoche Berlin-Brandenburg, die 2015 aus dem Kongress für solidarische Ökonomie und Transformation, kurz SOLIKON, an der Technischen Universität Berlin entstanden ist. „Ein gutes Leben für alle, mit solidarischem Wirtschaften, Genossenschaften, Projekten mit Geflüchteten, Projekten auf dem Land und vielem mehr – damit wollen wir der Verzweiflung angesichts der Herausforderungen etwas entgegensetzen.“ Mit diesem positiven Credo erreichten ihre Aktivitäten jeden Herbst etwa 1.000 Menschen: „Nicht viel, aber ein Anfang“, so Herr Teuchert. Die Projekte stünden an der Schnittstelle von Kunst und Weltoffenheit. So bietet das Lehniner Institut für Kunst und Kultur mit lokalen Museen und Kulturvereinen Kreativworkshops an. Hier werden Skulpturen gebaut, die bei Veranstaltungen einsetzbar sind. Ein anderes Beispiel sind Feste, die durch ihre Dynamik bestimmte Themen transportieren können. Wasserspiele für Kinder beispielsweise thematisieren weltweite Wasserknappheit.

Gesellschaftliche Transformationen lassen sich oft nur über Umwege umsetzen. Beispiel dafür sind die *Fridays for Future*. Menschen müssten behutsam und vorsichtig an ihrer Lebenswirklichkeit abgeholt werden.

Ein großes Problem sei allerdings die Finanzierung, vor allem aufgrund der veränderten Prioritätensetzung der Landeszentrale für Politische Bildung, die bisher dafür eingestanden hätte.

Andreas Teuchert schließt mit dem Wunsch nach mehr Selbstbewusstsein ab. Viele Menschen fühlen sich moralisch unter Druck gesetzt und ihr Leben infrage gestellt. Er wünscht sich von den beteiligten Akteuren mehr Sensibilität, Selbstbewusstsein und eine positive Einstellung, um diesen Themen gerecht zu werden. „Veränderung muss nicht bedrohlich sein. Sie kann auch positiv sein!“

Auf die Frage, wie Integration von Menschen mit Fluchterfahrung gelingt und wie diese in Initiativen eingebunden werden können, antwortet Rahime Diallo, dass Integration auf vier Ebenen stattfinden könne:

1. Durch den Aufbau von Strukturen könnten die Menschen sich besser untereinander vernetzen und Vereine gründen, um so partizipieren zu können und selbstständig Förderprogramme zu bekommen.
2. Empowerment: Die bisherigen Förderungen sind auf sehr wenige konzentriert. Um die Rahmenbedingungen für gleiche Bedingungen zu schaffen, ist ein politischer Diskurs nötig. Die VertreterInnen von migrantischen Organisationen haben existenzielle Probleme und können sich wenig bis kaum um Entwicklungspolitik kümmern.
3. Die Gesellschaft in Brandenburg muss sich auf allen Ebenen öffnen. Es gibt zu viel strukturellen wie auch alltäglichen Rassismus. Das erschwert das Empowerment besonders.
4. Migrantische Organisationen müssen sich selbst mehr öffnen und anpassen wollen.

1. ‚Bildung trifft Entwicklung‘: Lernen, das Brücken von globalen Zusammenhängen zur Lebenswelt der Lernenden schlägt; ein Pilotprojekt, das darauf abzielte, Menschen mit Migrationserfahrung als ReferentInnen für Bildungsarbeit heranzuführen. https://www.bildung-trifft-entwicklung.de/startseite.html
2. Lifestyle of Health and Sustainability, kurz LoHAS, steht für einen gesunden und nachhaltigen Lebensstil.
3. Weiterführende Information unter http://www.weltoffenes-werder.de/info.html

WORKSHOP 1
DISKUSSION UND WEITERARBEIT AM STRATEGIEPAPIER DES ROUND TABLE ENTWICKLUNGSPOLITIK BRANDENBURG

IMPULS
DETLEV GROSS

MODERATION
BIRGIT GERICKE
STEUERUNGSGRUPPE ROUND TABLE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Zielstellung des Workshops sei es, so die Moderatorin **BIRGIT GERICKE** von der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft (BBAG e.V.) und Mitglied der Steuerungsgruppe des Round Table Entwicklungspolitik (RTEP), in das Strategiepapier vor seiner Verabschiedung auf dem 10. RTEP noch Vorschläge und Anregungen aufzunehmen. **DETLEV GROSS** (MdJEV) erläutert die Genese zum Entwurf eines Strategiepapiers. Der 9. RTEP beschloss im Juni 2018, die Steuerungsgruppe mit der Erstellung eines Strategiepapiers zu beauftragen, welches seitens der Nichtregierungsorganisationen die bisherigen Entwicklungen in Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien wertet und für die Zukunft Erwartungshaltungen formuliert. Der nun vorliegende Entwurf soll auf dem 10. RTEP im April 2019 von den NGO's verabschiedet werden und als Grundlage ihrer politischen Arbeit am Round Table dienen.

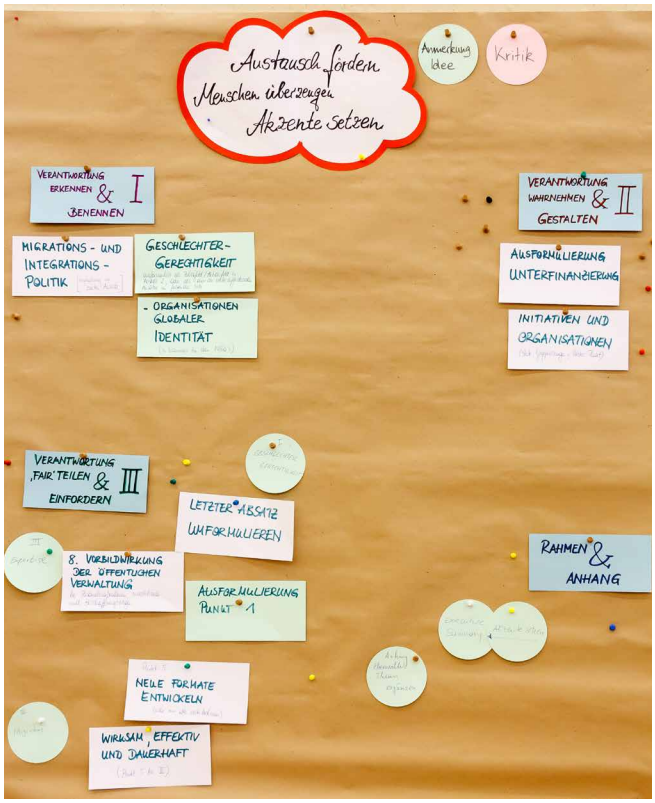
Die Anregungen und Überlegungen aus dem Workshop werden diskutiert und nach Abstimmung den drei Bereichen

I. Verantwortung erkennen und benennen,
II. Verantwortung wahrnehmen und gestalten sowie
III. Verantwortung fair'teilen und einfordern

zugeordnet und ggfs. eingearbeitet.

Im Ergebnis werden folgende Hinweise ausführlich diskutiert: Welche OGIs (Organisationen Globaler Identität) werden namentlich aufgeführt? Sollen sie als integraler Bestandteil verstanden sein? Migration- und Integrationspolitik steht für sich und soll an den Anfang gesetzt werden. Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit sind eher ein Querschnittsthema und sollen als Ansatz ausformuliert in die Teile I oder III eingebaut werden. Die Forderung nach Finanzierung müsse stärker ausgeführt werden. Die Vorbildfunktion der öffentlichen Verwaltung bezüglich Maßstäbe und Richtliniensetzung dürfe keinesfalls fehlen. Internationalisierung mit allem was für den RTEP spricht sollte untersetzt und konkretisiert werden.

Entwicklungspolitik, so wurde mehrfach darauf hingewiesen, sei auch immer verbunden mit antirassistischen Positionen und Wirken.



WORKSHOP 2
(WIE) HILFT MEHR BILDUNG?
GLOBALES LERNEN UND BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÜR EIN NACHHALTIGES, WELTOFFENES BRANDENBURG

IMPULSE
ANDREAS ROSEN
STIFTUNG NORD-SÜD-BRÜCKEN
UND **UWE BERGER**
CARPUS E.V.

MODERATION
MAGDALENA FREUDENSCHUSS

IMPULS
ANDREAS ROSEN
STIFTUNG NORD-SÜD BRÜCKEN

„Rechtspopulismus, Chauvinismus und Rassismus stellen einen Frontalangriff auf unsere entwicklungspolitischen Inhalte und Werte dar und unterminieren die Wirkungen unserer Arbeit und langfristigen Ziele“ erläutert **ANDREAS ROSEN** und fügt hinzu, dass auch die Leugnung des Klimawandels bzw. die von Menschen hervorgerufenen Ursachen und Ablehnung der Geschlechtergerechtigkeit den RechtspopulistInnen anzulasten sei. Auf deren wachsenden Einfluss ginge auch die Forderung nach Neuverhandlungen der Genfer Flüchtlingskonvention zurück, internationale Zusammenarbeit und ihre Institutionen (EU, teilweise auch UN, konkret die globalen Bildungspartnerschaften) würden zugunsten nationaler Alleingänge zurückgefahren und internationale Vereinbarungen wie der globale Migrationspakt abgelehnt.

„Der Rechtspopulismus will eine nationalistische, autoritäre Erziehung“ erklärt Herr Rosen. „Wir aber wollen wir eine transformative Bildung mit kritischem, reflektierendem Blick und globaler Referenz“ und er zitiert Dirk Messner vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), der diese Gegentransformation einmal so zusammenfasste: „Trump, Orban, Le Pen, Brexit, AFD… nicht nur das Erdsystem kann kippen, unsere Gesellschaft ebenfalls“. „Deshalb“, so Andreas Rosen, „sollten wir uns nicht von dem Frontalangriff einschüchtern lassen, sondern den Kampf annehmen.“

> ‚Entwicklungspolitik to go‘ will entwicklungspolitische Themen und Akteure aus den Zentren Berlin und Bonn in die Regionen sowie deren unterschiedliche Akteure miteinander ins Gespräch bringen: Staat, NRO-VertreterInnen und AktivistInnen. ‚Entwicklungspolitik to go‘ will praktische Beiträge zeitgemäßer zu einem erweiterten Verständnis von Entwicklungspolitik beisteuern. Vertiefende Informationen unter http://nord-sued-bruecken.de/entwicklungspolitik-to-go.html.

Er berichtet über die Workshop-Reihe ‚Entwicklungspolitik to go‘, die ihren Anfang 2016 mit einer Konferenz in Dresden nahm. Es gebe weder ein gemeinsames Verständnis von Rassismus noch die Bereitschaft zum Diskurs, sondern viel Gesinnungsethik. Das war eine wichtige Erkenntnis aus dieser Veranstaltungsreihe. Er fordert „mehr Kultur des Streits und des argumentativen Austauschs. **Unsere Expertise und Kompetenzen werden in den Kommunen gebraucht!**“

Bei der zweitägigen Konferenz in Eberswalde im Februar 2017 wurde sichtbar, dass Flüchtlinge noch viel zu sehr in der Diskussion fehlen. Die Einbeziehung von MDO, PoC und Geflüchteten in diese Bildungsarbeit ist substanziell[1]. Fehlende Strukturen bremsen die Entwicklung.

In Anklam im 2017 wurde deutlich, dass die Verbindung von Rechtspopulismus und Rassismus mit den sozialen Fragen mobilisierungsfähig und die Adressierung der ländlichen Regionen unabdingbar ist[2]. Außerdem stellte sich heraus, dass der Umgang mit der AfD im Vorfeld von Veranstaltungen besprochen werden sollte. Um Unstimmigkeiten zu vermeiden, sollten Fragen wie ***Lädt man sie ein und wenn ja, redet man mit ihnen?*** geklärt sein.

Bei der Konferenz in Neudietendorf wurde deutlich, dass es hilfreich sein kann, lokale (historische) Globalisierungsgeschichten zu erzählen, um die populistische Sprengkraft heutiger Globalisierung zu brechen. Die Menschen vor Ort sollten sich bewusst werden, dass vieles von dem, was als Tradition der Region verstanden wird, in Wirklichkeit importiert ist.

In der Konsequenz für Staat und staatliche Entwicklungszusammenarbeit im Hinblick auf die Bildungsarbeit sollte Rassismus als solcher benannt und nicht relativiert, oder schlimmer noch, bagatellisiert werden. Im Gegenteil: **„Zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Rechtspopulismus, Chauvinismus und Rassismus soll der Staat fördernd zur Seite stehen und sich unter Druck nicht davon distanzieren bzw. dieses diskreditieren.“**

Dazu gehört auch, dass Bund und Länder eine zeitgemäße und gesellschaftlich-politisch relevante Definition von entwicklungspolitischer Inlandsarbeit entwickeln. Referenzpunkte sind u.a. die Agenda 2030/SDGs und die Realität einer Migrationsgesellschaft, d.h. mehr bezahlte Möglichkeiten für MigrantInnen, PoC und Geflüchtete schaffen, sich entwicklungspolitisch zu engagieren.

1. Hierfür gibt es bereits gute Ansätze: Ein Beispiel ist das Projekt „Gemeinsam Lernen – Gemeinsam Vermitteln. Globales Lernen zum Thema Fluchtursachen“ von Carpus e.V.
2. Siehe auch: https://www.unteilbar.org/

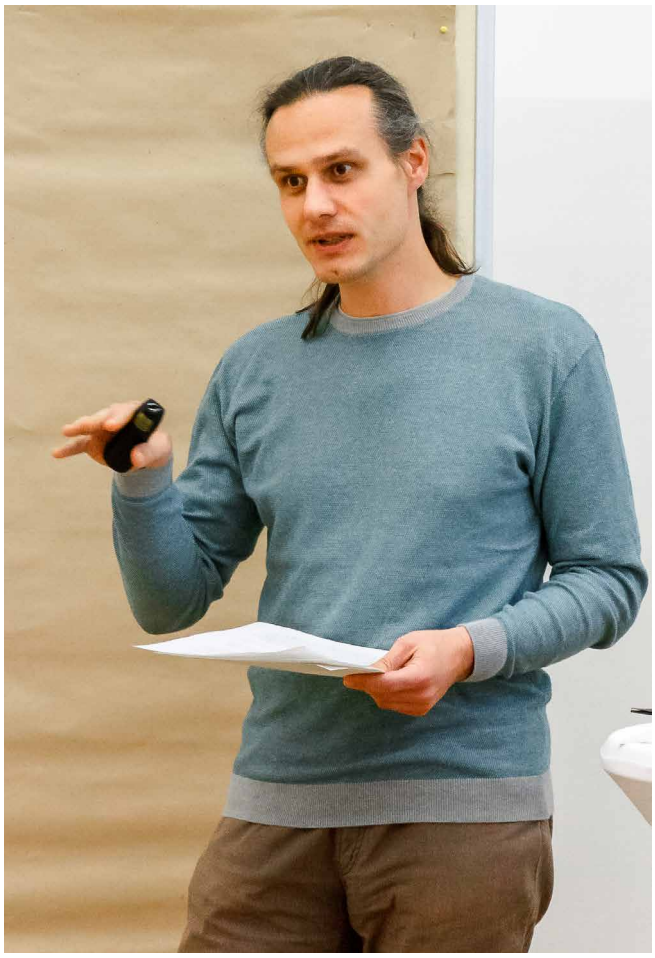
Grundlage für eine weltoffene, Rassismus-kritische entwicklungspolitische Bildungsarbeit sei die Anerkennung der Agenda 2030 sowie der Nachhaltigkeitsziele und ihrer Umsetzung in Deutschland. Die Präambel „Niemanden zurücklassen“ könne allgemein genutzt werden, um sich für Geflüchtete und Ausgegrenzte in dieser Gesellschaft einzusetzen. Motivation für den vollständigen Kita- und Schulzugang von jungen Geflüchteten sowie für die medizinische Versorgung von geflüchteten Frauen könnten das SDG 3 – Gesundheit und SDG 4 – Bildung sein. Die Verringerung der Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft, wie in SDG 10 formuliert, wäre die Grundlage für ein Engagement staatlicher Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen und last but not least diente das SDG 5 – Geschlechtergerechtigkeit dazu, sich gegen PopulistInnen zu wehren, die Frauen wieder in eine klassische Familienrolle zu drängen versuchten. Eine friedliche, sichere Gesellschaft (SDG16) könne schließlich die Antwort auf Rassismus und rassistische Gewalt in Deutschland sein.

KONKRETE BEISPIELE SIND:

1. Der Dachverein Reichenstraße e.V. in Quedlinburg[1] und das Netzwerk Harz-Global[2]. Dieses funktionierende entwicklungspolitischen Netzwerk wurde durch massive schulische Bildungsarbeit aufgebaut. Mit 130 Veranstaltungen pro Jahr ist dies heute ein wichtiger Faktor in der Region!
2. Bautzen: Hier wurde eine Bildungsreferentin/Fachkraft aus Brasilien aufgrund ihrer Expertisen in den Sicherheitsrat der Stadt (Ordnungsamt, Polizei, etc.) berufen.
3. Die Nutzung von einer Fachkraft aus dem Dorf im Projekthof Karnitz/MV[3]: Man sollte einfach mal andere Kompetenzpotenziale als „weiß, akademisch, männlich, Mittelschicht“ zulassen, anerkennen und wirken lassen!
4. Durch die Einbindung von Geflüchteten kann die „Zielgruppe“ zu handelnden Akteuren werden.
5. Im Südcafé in Leipzig können sich Menschen mit und ohne Fluchtbiografie begegnen, kennen lernen und austauschen.

1. Weiterführende Informationen unter https://www.reichenstrasse.de/
2. Weiterführende Informationen unter https://www.harz-global.de/
3. Weiterführende Informationen unter htttps://projekthof-karnitz.de/

IMPULS
UWE BERGER
CARPUS E.V.



Dass der Rechtspopulismus nicht nur im ländlichen Raum, sondern überall in Brandenburg ein großes Problem darstellt, zeigen die Wahlergebnisse der AfD der Bundestagswahl 2017. Die vier Wahlkreise, in denen die AfD am erfolgreichsten war, waren Spree-Neiße, Cottbus, Oberspreewald-Lausitz und Elster-Elbe.[1]

Dort gab es nach der Wende große Einschnitte. Traditionelle Arbeitszweige wie die Textilindustrie, der Bergbau und die Armee sind stark zurück gegangen bis gänzlich verschwunden, ohne dass etwas Neues geschaffen wurde. Jugend- und Kultureinrichtungen wurden geschlossen und viele Menschen zogen weg. Unter der verbliebenen Bevölkerung hat sich das Gefühl verbreitet, abgehängt zu sein.

Fremdenfeindlichkeit tritt vor allem in den Regionen auf, in denen es einen besonders geringen Anteil einer Bevölkerung mit nicht deutscher Staatsbürgerschaft gibt. Brandenburg hat mit Mecklenburg-Vorpommern den geringsten ausländischen Bevölkerungsanteil.

Die Frage, ob BildungsreferentInnen den Rechtspopulismus bei ihrer Arbeit zu spüren bekommen, kann **UWE BERGER** verneinen. Sie arbeiten vor allem mit Schulen und Lehrkräften zusammen, die meist sensibel für diese Themen sind. Lehrkräfte oder Eltern, die selbst rechts eingestellt sind, buchen das Angebot aus Angst vor Konflikten erst gar nicht. Spürbar sei aber der strukturelle Rassismus, wenn zum Beispiel nicht-weiße ReferentInnen an der Tür nach dem Grund ihrer Anwesenheit gefragt werden, einfach geduzt werden oder die Frage aufkommt: ***Bei uns in Deutschland ist das so, wie ist das denn bei euch?***

Die Einflussmöglichkeiten, die Globales Lernen mit außerschulischen Partnern für eine weltoffene Gesellschaft bewirken kann, sind gering. Die Veranstaltungen werden meist nur einmal im Jahr gebucht, die SchülerInnen hingegen werden täglich von ihrem Umfeld geprägt. Der Wissensstand mancher Lehrkräfte ist z.T. erschreckend veraltet. Umso wichtiger sei es deshalb, mehr Lehrkräfte mit einem verpflichtenden Fortbildungsangebot zu erreichen. **„Entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Brandenburg sollte den Fokus auch auf Probleme vor Ort legen.“**

Folgende Fragen könnten wegweisend sein: Wie kann ein solidarisches Zusammenleben in Brandenburg aussehen? Wie geht man mit dem Wegzug um? Was kommt nach der Braunkohle? Wie können Wohnprojekte realisiert und umgesetzt werden?

Wichtig sei es, mit positiven Beispielen zu arbeiten, um den Menschen zu zeigen, dass Visionen realisierbar sind. Das, so Uwe Berger, inspiriere und mache Mut. Nachhaltige, alternative Lebensformen sollten in den ländlichen Raum gebracht werden und mit Veranstaltungen in die Gesellschaft vor Ort wirken. Es wäre wünschenswert, bei Projekten Besuche wie dem Uferwerk in Werder in die Bildungsarbeit einzubeziehen.

Medienkompetenz müsse dringend Teil der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit sein, um Fakenews zu entlarven und vor allem junge Menschen darin zu stärken, mit rechtspopulistischen Argumenten umzugehen.

1. https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/BU2017/ergebnis/karten/zweitstimmen/zweit_lkr_karte_html5.asp?sel1=2156&sel2=0659

ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE AUS DEN GRUPPEN UND DEM PLENUM

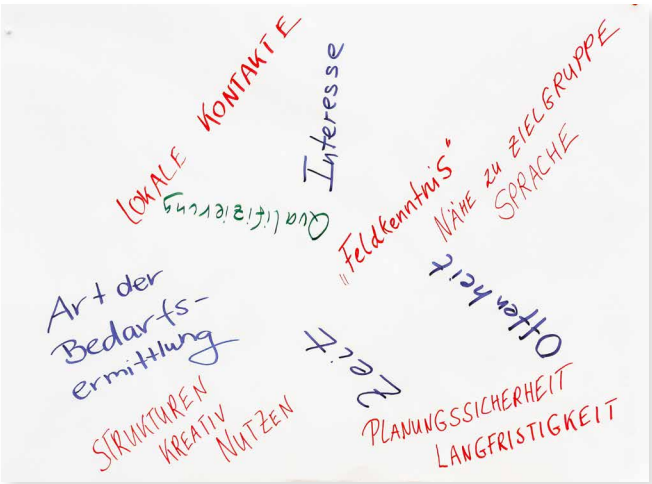
Die Einsicht, dass es einer selbstkritischen Reflexion bedarf, weil Rassismus auch ein Problem der Privilegierten sei, brachte die Forderung nach einer ***policy der critical whiteness*** auf. Auch müsse das Spektrum dahingehend erweitert werden, dass bei der Bedarfsermittlung kritische Fragen zur Herkunft von Materialien, mit denen gearbeitet wird, gestellt werden müssten. Zum besseren Verständnis der Zielgruppen und der Abstimmung der Themeninhalte bedürfe es darüber hinaus tiefere Kenntnisse der Lebensrealitäten der Zielgruppen.

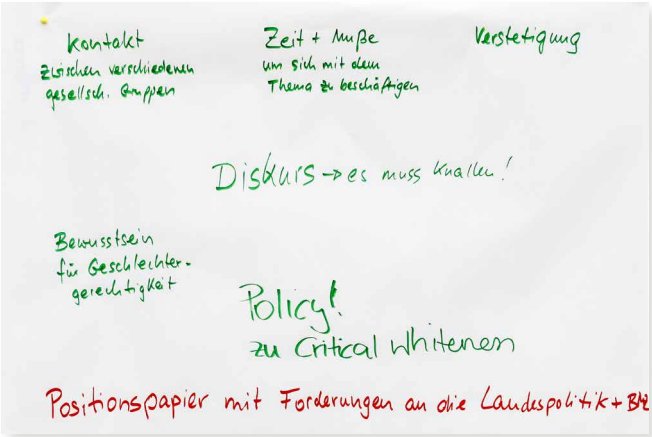
Nachhaltigkeitsstrategien müssen verstärkt mit Jugendlichen diskutiert werden.

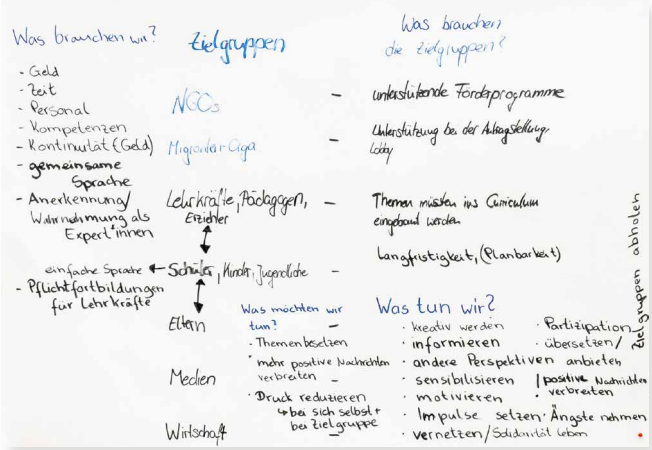
Die finanzielle Förderung von Projekten, die das Thema Rassismus beinhalten, scheitert oftmals an bürokratischen Hürden. Um den komplexen Verhältnissen angemessen begegnen und ganzheitlich arbeiten zu können, sollte die Trennung verschiedener Themenbereiche aufgehoben werden. Antirassistische Arbeit ist ein elementarer Bestandteil der entwicklungspolitischen Arbeit und sollte auch finanziell entsprechend flankiert sein.

Die Landesmittel zur Förderung von aktuell 60 000 Euro müssten aufgestockt werden. Das sei nur möglich, wenn es entsprechend mehr Antragssteller gibt.

Positives Beispiel für Veränderung ist das PromotorInnen-Programm mit bundesweit 150 AkteurInnen, das in den vergangenen 10 Jahren messbare Fortschritte aufzeigen kann.







WORKSHOP 3
ENTWICKLUNGSPOLITISCHE THEMEN ALS AUFGABE DER KOMMUNALPOLITIK IN BRANDENBURG

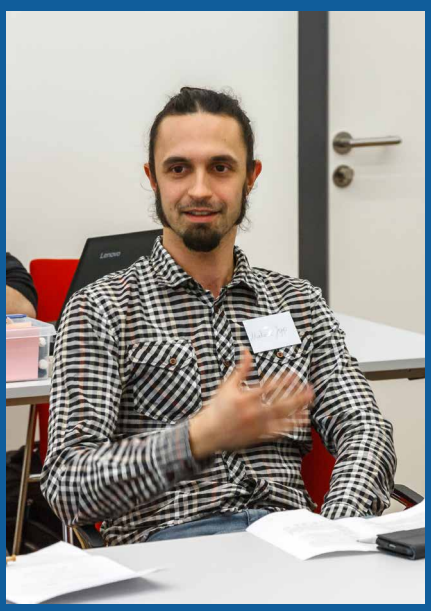
IMPULSE

MARIANNE BALLÉ MOUDOUMBOU
PAWLO

ANDREAS BLESCHKE
KLIMASCHUTZKOORDINATOR
LANDKREIS TELTOW-FLÄMING

MICHAEL JOPP
PROMOTOR FÜR KOMMUNALE
ENTWICKLUNGSPOLITIK,
EINE WELT STADT BERLIN

MODERATION
UWE PRÜFER
VENROB E.V.



Der Moderator der AG, **UWE PRÜFER**, fasst einleitend zusammen, dass Themen wie Flucht, Migration und Rassismus auf kommunaler Ebene sowie in der Landesregierung angekommen sind. Diese Themen sind eng mit Entwicklungspolitik verzahnt.

MARIANNE BALLÉ MOUDOUMBOU stellt fest, dass Rassismus auf kommunaler Ebene ein großes Problem darstellt. Die Umsetzung der UN Dekade für Menschen mit afrikanischen Vorfahren ist in Brandenburg immer noch mangelhaft. Es sei generell wichtig, die Sichtbarkeit der geflüchteten Menschen sowie der MigrantInnen und deren Organisationen zu erhöhen. Die Wahrnehmung auch ihrer Potenziale und Kompetenzen konnte zwar bereits gestärkt und entsprechende Bündnisse zwischen Organisationen vor Ort geschlossen werden. Es bestehen aber weiterhin viele Herausforderungen für Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung.
Der Klimaschutzkoordinator des Landkreises Teltow-Fläming, **ANDREAS BLESCHKE**, berichtet, dass der Klimaschutz in Kreisverwaltungen zwar sehr unterschiedliche Projekte und Maßnahmen kennt, aber auch viele Hürden erfährt. Diese Vielfalt, mit der für Klimaschutz allgemein sensibilisiert und praktische Maßnahmen angeregt bzw. umgesetzt werden, reicht von Kreistagsbeschlüssen und Stellungnahmen, der Einrichtung von Klimaschutzkoordinierungsstellen und ‚AG Klimaschutz' über Schulungen und zahlreiche Info-Veranstaltungen. Es gibt in den kommunalen Verwaltungen Mitarbeitersensibilisierung. Zur Öffentlichkeitsarbeit im Landkreis TF gehören zahlreiche Schulprojekte und Aktivitäten der Umwelterziehung sowie die internationale Klimapartnerschaft mit Namibia[1].

Es gibt zwar viele Erfolge im Bereich der ‚Fair'-gabe öffentlicher Aufträge, trotz allem steht die Nachhaltigkeit bei der generellen Beschaffung der öffentlichen Hand vor großen Schwierigkeiten, weiß **MICHAEL JOPP**, Promotor für Kommunale Entwicklungspolitik, Eine Welt Stadt Berlin, zu berichten. Hauptprobleme sind dabei die ausbleibenden medialen Erfolge und die Mühe, als zivilgesellschaftlicher Akteur das Vertrauen der VerwaltungsmitarbeiterInnen zu gewinnen. Eine Initiative in Berlin bezieht sich beispielsweise fair gehandelte Fußbälle in den Schulen. Allerdings ergab eine Stichprobe, dass nach wie vor nicht alle Bälle diesem Kriterium entsprachen. Selbst bei entsprechender Gesetzgebung und Vorgaben ist die Durchsetzung häufig schwierig und die Kontrollen gering.

UWE PRÜFER fasst zusammen, wie komplex inzwischen Entwicklungspolitik auch als gesellschaftliche Aufgabe im Inland gesehen wird. Die drei vorgestellten Praxisbeispiele in ihrer unterschiedlichen Art seien wichtige Beiträge in Richtung lokale Nachhaltigkeit, jeweils mit Blick auch auf das Globale. Sie haben eigenständige Notwendigkeit und Berechtigung und verfügen über Bezugspunkte zueinander, wenngleich diese noch ausbaufähig sind.
In der Diskussion wurde einhellig die Notwendigkeit betont, die VerwaltungsmitarbeiterInnen stärker zu motivieren und zu qualifizieren. Das Thema sollte bereits in der Ausbildung und im Studium behandelt werden.
Klimaschutz und nachhaltige Beschaffung sind im Kampf gegen den Klimawandel auch auf kommunaler Ebene von enormer Bedeutung. Die Bewusstseinsbildung dafür muss gestärkt werden, insbesondere im Hinblick auf die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand von Kommunen, Ländern und Bund, deren finanzieller Umfang in Deutschland bei geschätzten 280 - 350 Mrd. Euro jährlich liegt. Daher sind die Durchsetzung ökologischer und sozialer Standards und deren Kontrolle so wichtig.

1. http://www.teltow-flaeming.de/de/landkreis/umwelt/projekte/kommunale-klimapartnerschaft.php?lang=/lt/

ZUSAMMENFÜHRUNG DER ERGEBNISSE DER DREI WORKSHOPS

ERGEBNISSE UND IMPULSE FÜR DIE WEITERFÜHRENDE ENTWICKLUNGSPOLITISCHE ARBEIT

BIRGIT GERICKE
WORKSHOP 1

MAGDALENA FREUDENSCHUSS
WORKSHOP 2

MARIANNE BALLÉ MOUDUMBOU
WORKSHOP 3

FAZIT DER VERANSTALTERINNEN

UWE PRÜFER
VENROB E.V.

BIRGIT GERICKE
BERLIN-BRANDENBURGISCHE AUSLANDSGESELLSCHAFT E.V.

CLAUDIA TRIPPE
ENGAGEMENT GLOBAL ABT. AUSSENSTELLEN

In seinen abschließenden Worten lobt **UWE PRÜFER** die gute Zusammenarbeit der NGOs mit staatlichen Stellen, den hohen Praxisbezug in Brandenburg und die lebendige Atmosphäre des Fachtages: **„Es sind neue Kooperationen angeschoben worden, die wir mit frischen Impulsen und gutem Mut voranbringen."**

BIRGIT GERICKE äußert sich zufrieden mit den Ergebnissen aus dem Workshop und lädt alle Teilnehmenden noch einmal dazu ein, an den Gesprächen des Round Table Entwicklungspolitik teilzunehmen.

CLAUDIA TRIPPE dankt den Anwesenden, den InputgeberInnen und der Moderatorin. Sie schließt die Fachtagung mit den Worten: **„Wir brauchen mehr davon! Wir brauchen mehr Austausch über die Erfahrungen von unterschiedlichen Formaten."**

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen

Tulpenfeld 7
53113 Bonn

Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150

info@engagement-global.de
www.engagement-global.de

VERANTWORTLICH FÜR ZUSAMMENSTELLUNG UND KOORDINATION

Engagement Global
Außenstelle Berlin, Brandenburg

Lützowufer 6-9
10785 Berlin

Telefon +49 228 20 717-14
Telefax +49 228 20 717-35

Aussenstelle.berlin@engagement-global.de
https://www.engagement-global.de/aussenstelle-berlin.html

Juni 2019

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt in jedem Fall die Meinung der Herausgeberin wieder